

Die WEG-Fraktion wird dem Entwurf der vorgelegten Haushaltssatzung für 2024 nicht zustimmen.

Der Haushalt 2024 liegt jetzt vor uns. Es war viel Arbeit, ein Meisterwerk ist dennoch nicht daraus geworden. Der Haushalt 2024 ist ein Kartenhaus, das schon 2025 zusammen brechen wird.

Es fehlt der Wille, die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen in vollem Umfang durchzusetzen.

Dieser Wille fehlt in der Politik. Sie ist letztlich verantwortlich dafür, dass das Füllhorn des Wünschbaren immer größer wurde. Projekte aus dem Sport, dem Sozialen, der Schulpolitik, der Verkehrspolitik und der Energie- und Mobilitätswende sowie des kommunalen Infrastrukturvermögens sind da drin. Für jede Fraktion das Passende. Kompromisse oder ein Weniger oder „vielleicht doch etwas später“ sind nicht drin.

In viel zu kurzer Zeit und viel zu großem Umfang soll das Wünschbare ins Machbare umgesetzt werden. Ungeduld ist zum prägenden Merkmal unserer Zeit geworden. So auch hier. Das übersteigt die personelle und vor allem auch finanzielle Leistungsfähigkeit dieser Stadt.

Manch ein Ratsmitglied ist froh, dass jetzt endlich die elende Zeit der zähen Haushaltsberatungen vorbei ist. Jetzt will man wieder Politik machen, heißt: das Füllhorn weiter füllen. Bezahlen kommt danach und sicher kommt das Geld auch irgendwo her. Darum sollen sich die Finanzpolitiker kümmern, meint man. Doch wer sind die Finanzpolitiker?

Wir alle sind das! Es ist ein Irrtum zu glauben, jetzt weiter machen zu können wie bisher. Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Und der Haushalt 2025 wird angesichts der Versäumnisse der Gegenwart noch deutlich enger werden. Ich wage es, dies vorauszusagen.

Diese Lage ist umso kritischer, weil auch bei der Verwaltung nicht nur jede Strategie sondern offenbar auch jeder Wille zur Konsolidierung fehlt. Das drückte sich zunächst schon bei der Einbringung des Budgetentwurfs 2024 aus. Die Kernaussage war:

Wir hier in Gronau haben keine Fehler gemacht, wir sind geradezu perfekt. Umso tragischer, dass uns 30 Mio. € fehlen. Jetzt müssen wir was tun. Aber „was tun“ heißt nach dem Verständnis der Verwaltungsleitung ausschließlich, dass andere was tun müssen. Die

Verwaltung selbst fühlt sich da außen vor. Sie hat keine Fehler gemacht und sie macht keine Fehler, glaubt sie.

Natürlich müssen Land und Bund was tun. Wenn die glauben, politische Handlungsfelder entdeckt zu haben, können sie diese einfach als Aufgaben der Kommunen deklarieren; denn meistens muss dort die Umsetzung erfolgen. Das ist nicht zu beanstanden.

Aber, wer Aufgaben erfindet und uns überträgt, muss auch die Kosten dafür zahlen. Konnexitätsprinzip nennt man das. Fehlanzeige! Land und Bund verstoßen vielfältig gegen das Prinzip, handeln also rechtswidrig. ZB belasten uns die Kindergarten freier Träger in diesem Jahr mit 16 Mio. €. Stellen Sie sich vor, das Land würde seiner Zahlungspflicht nachkommen, wo wir dann mit unseren Haushaltsberatungen wären!?

Tut es aber nicht und das weiß jeder. Umso erstaunlicher ist es, dass gerade Vertreter der Parteien, die in Land und Bund dafür zuständig sind, hier vor Ort die nicht auskömmliche Finanzierung beklagen. Dieselben Politiker sind es dann, die aber trotzdem fordern, die von Bund und Land erfundenen Rechtsansprüche umgehend in die Tat umzusetzen (zB OGS-Ausbau).

Stets ist auch die Verwaltung dabei. Sie weist regelmäßig darauf hin, dass alles ganz schnell umgesetzt werden müsse. Man will ja rechtstreu sein. Und schon vollzieht der Rat.

– Die Folge: Die Kosten bleiben bei uns.

Es wäre wünschenswert, wenn die hier anwesenden Parteivertreter von CDU, SPD, FDP und Grünen mal eine Aktion starten würden, mit der sie ihre politischen Vertreter in Land- und Bundestag veranlassen, finanzielle Abhilfe zu schaffen, statt nur zu lamentieren.

*

Nur, das allein macht nicht die fehlenden 30 Millionen aus. Es ist aber willkommene Ablenkung von Fehlern, die wir selbst gemacht haben und die wir – das muss man am Ende dieser Haushaltsberatungen leider sagen – nach dem Willen der Verwaltung und der Mehrheit dieses Rates auch in Zukunft machen werden.

Die Verwaltung wollte das von Anfang an so: Wir machen weiter so wie bisher, lautete die Devise; denn es ist alles gut und richtig, was wir tun. Die leider trotzdem fehlenden 30 Mio. können wir nicht kurzfristig decken, aber 15 Millionen reichen uns für den Anfang. Und weil wir selbst nichts dazu tun können, müssen leider die Bürger zahlen.

Verdoppelung der Grundsteuer, Anhebung der Gewerbesteuer hieß daher Plan und den hielten sie sogar für gut.

Die Bürger haben das nicht verstanden. Wir auch nicht! Nicht einmal der Hauch eines Ansatzes von Selbsterkenntnis bei der Verwaltungsleitung, von Selbstkritik will ich gar nicht reden.

Und dies, obwohl die Handlungsoptionen im Dezember 2024 offen auf dem Tisch lagen, wo sie heute immer noch liegen und wo sie seit Jahrzehnten liegen und nach jetzigem Stand auch weiter liegen bleiben werden.

Die strukturellen Defizite nämlich, die seit Jahren beklagt aber nicht behoben werden liegen im personellen Bereich, im Bereich der sächlichen Verwaltungsaufwendungen und im Investitionsbereich.

Alle drei Bereiche sind in dieser Stadt aus dem Ruder gelaufen. Es gibt nicht einmal den Ansatz eines Versuchs der Verwaltungsleitung, hier Einsparpotenziale zu suchen.

Das wollte man nicht, man wollte die Steuererhöhung.

Also blieb es der Politik überlassen, Einsparpotenziale zu bezeichnen.

Daran haben wir uns gerne und auch intensiv beteiligt.

Wir haben Vorschläge erarbeitet, die dann von Verwaltungsleitung und leider auch von der Ratsmehrheit erst nach zähen Diskussionen und in der Folge nur widerwillig oder gar nicht übernommen wurden.

Ergebnis: Das, was erreicht wurde, reicht nicht aus. Hier liegt in den nächsten Monaten noch viel Arbeit vor uns.

1.

Dringend notwendig ist eine Strukturreform im personellen Bereich. Die Organisationsverantwortung dafür liegt beim Bürgermeister. Er ist hier besonders gefordert.

Es reicht nicht aus, wenn er jedes Jahr dem Rat seine Wünsche nach Stellenvermehrung mitteilt mit dem Ziel, den Stellenplan anzuheben. Von 400 auf 600 ist der Personalbestand in dieser Ratsperiode angewachsen und dennoch hören wir immer wieder: „Wir haben kein Personal.“

Sind die Strukturen noch stimmig, ist die Frage. Müssen Stellenbeschreibungen und Prozeßabläufe geändert werden? Gibt es Personal, das überbelastet ist und dagegen auch anderes, das Freiräume hat? Sind Stellen noch richtig verortet? Auch Umsetzungen von Personal kann Probleme lösen.

Alles unbeantwortete – weil unbearbeitete – Fragen.

Das Ziel einer umfassenden Personalstrukturreform muss umgehend angegangen werden.

Dies ist eine Aufgabe, die schon unter der Vorgängerin des jetzigen Bürgermeisters liegengeblieben ist. Die Folgen sehen wir jetzt:

Steigende Personalkosten bei einer immer ineffizienter werdenden Verwaltung, die immer mehr Aufgaben nach außen verlagert, womit wir beim nächsten Thema sind:

2.

Die sächlichen Verwaltungskosten betragen mittlerweile deutlich mehr als 40 Mio. € im Jahr. Deutlich zu viel.

Zu einer pauschalen Kürzung von 10 % ab 2025 war die Verwaltung schließlich bereit, aber eine Kürzung bereits 2024 wurde von ihr abgelehnt und daher nicht in die Berechnungen aufgenommen.

Für uns ist das völlig unverständlich, da das erste Halbjahr bei Inkrafttreten der Haushaltssatzung bereits fast vorbei sein wird. Auch ist es nicht richtig, dass sämtliche sächlichen Verwaltungsaufwendungen als Dauerschuldverhältnisse rechtlich gebunden sind.

Klar ist für uns das Ziel der Verwaltung, sich hier weite Spielräume zu erhalten, statt Kostendisziplin zu üben. Auch das wird sich ändern müssen.

3.

Das Investitionsverhalten der Stadt Gronau kann man kurz und knapp mit den Attributen „maßlos und planlos“ umschreiben.

Man kann nicht in zu kurzer Zeit 5 Schulen neu- und ausbauen. Daneben noch ein teures Retro-Rathaus an der Bahnhofstraße, eine Luxus-Dreiländersee-Neugestaltung, eine Innenstadt-Umstrukturierung usw.

Das strapaziert das Personal. Wer bereits 2021 Überlastungsanzeigen seines Fachpersonals erhielt, hätte reagieren müssen, statt einfach weiter zu machen. Aber nicht Personalaufstockung mit zeitlich verschobener Wirkung, sondern deutliche Maßnahmenbeschränkung und –streckung, und zwar sofort, wäre der richtige Weg gewesen.

Aber nicht einmal angesichts des gegenwärtigen Haushaltsdesasters gibt es nennenswerte Bereitschaft dazu. Allenfalls retuschierende Verschiebungen um ein Jahr an der einen oder anderen Stelle.

In einem Haushaltsjahr nur das zu planen, was man physisch umsetzen und finanziell stemmen kann ist eigentlich eine triviale Erkenntnis.

Darauf hat die Gemeindeprüfungsanstalt in einem Prüfungsbericht bereits 2021 nachdrücklich hingewiesen und dabei auf die diesbezüglichen Vorschriften der KomHVO hingewiesen, die genau das fordern.

Der Rat der Stadt Gronau und die Verwaltung haben seinerzeit gegenüber der GPA versichert, deren Anforderungen künftig Folge leisten zu wollen.

Was sie getan haben, ist das genaue Gegenteil. Die Investitionen sind dramatisch gestiegen.

In drei vorlaufenden Haushaltsreden habe ich genau das kritisiert. Erfolglos, wie man sieht.

*

Bei Verwaltung und Ratsmehrheit scheint die Devise zu herrschen: Was kümmert uns das Gesetz, wenn es nicht anordnet, was wir wollen. Parallelen zu Land und Bund im Zusammenhang mit der Konnexität drängen sich auf.

Es scheint das Bewußtsein zu herrschen: Rechtsstaatliches Verhalten sei etwas für Bürger, etwas für „die da unten“, nicht aber für Verwaltung und Politik. Die stehen nach ihrem Selbstverständnis über dem Recht. Vorbildfunktion zu haben war gestern.

Ist es wirklich verwunderlich, wenn immer mehr Menschen diesem Prinzip nicht mehr folgen wollen und ebenfalls glauben, ihr vermeintliches Recht in die eigene Hand nehmen zu dürfen?

*

Zurück zum Haushalt. So machen wir also weiter wie bisher. Statt einer Investitionssumme von 87 Mio. und 40 Mio Ermächtigungsübertragungen, also geplantes Investitionsvolumen von 127 Mio. € bei der Budgeteinbringung haben wir die Neuinvestitionen nun für 2024 auf 60,6 Mio. € gesenkt bei Ermächtigungsübertragungen von immer noch 40,6 Mio. €. Der neue Plan für 2024: Investitionen von gut 100 Mio. €.

Kein Fortschritt, wenn man bedenkt, dass unsere Bauverwaltung nur mit Mühe und Not gerade mal zwischen 30 und 40 Mio im Jahr schafft.

*

Und die Kernfragen, die wie Restfragen behandelt werden, bleiben nach wie vor unbeantwortet:

Was ist mit dem Deilmann-Rathaus? Dafür steht in der mittelfristigen Finanzplanung kein Geld zur Verfügung. Irgendwann nach 2027 wird es hier nach dem bis heute unerklärten Willen von Verwaltung und Ratsmehrheit weitergehen.

Praktisch; denn dann müssen wir die mittelfristige Finanzplanung damit nicht belasten. Ein passender Ansatz dafür würde uns der Haushaltssicherung nämlich noch einen riesigen Schritt näher bringen.

Also lautet die Devise: totschweigen und ganz, ganz lange strecken. Verehrte Ratsmehrheit und Verwaltungsleitung: Sagen Sie uns doch mal ganz konkret, wie es hier weiter gehen soll.

Wann wieviel qm Verwaltungsflächen hier und wann und wie viele auf dem Hertie-Areal entstehen sollen.

Das können Sie uns schon viel zu lange nicht sagen. Und Ihr Schweigen wird sich fortsetzen!

*

Das ist für uns nicht akzeptabel. Genauso wenig, wie die Tatsache, dass bei der Buterlandschule der Schulhof mit Containern vollgestellt ist, weil dort demnächst mal gebaut werden soll. Wann das ist, ist nicht klar, 2024 jedenfalls fehlt im Haushalt jeder Ansatz und selbst Verpflichtungsermächtigungen für dieses Projekt wurden gestrichen. Die Kinder werden noch lange zwischen Containern spielen müssen. Eine besondere Art Gronauer Grundschulerfahrung.

Für uns stehen die Buterland-Schule und die Martin-Luther-Schule an erster Rangstelle der notwendig zu errichtenden Schulneubauten. Alle anderen können warten, aber leider ist man hier teilweise schon angefangen und kann oder will nicht mehr zurück. Man hat ganz einfach die Prioritäten verwechselt.

Bei den hier nur grob skizzierten Verwerfungen in der städtischen Investitionsplanung nebst den anderen Kostentreibern (Personal und sächliche Verwaltungsaufwendungen) landen wir schließlich bei rund 19 Mio. Defizit in 2024.

Es wären 25 Mio geworden, wenn nicht das um 6 Mio verbesserte Jahresergebnis 2023 hätte eingerechnet werden können.

Die mühsam errungenen Kürzungen gehen nach dem Plan voll in die Steuerquote.

Das ist durchaus gut so, aber gleichzeitig liegt auch genau hier der Punkt, wo dieser Haushaltsentwurf seine Zukunftsfähigkeit verliert und zum Kartenhaus mutiert.

Er vermeidet zwar die von der Verwaltungsleitung ursprünglich geplante Steueranhebung weitgehend in diesem Jahr, mehr aber auch nicht. Er schafft für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum keinerlei Freiraum. Im Gegenteil: der wird noch eingengt.

Investitionen wurden teilweise nur um ein Jahr verschoben, so dass wir bereits bei den gegenwärtigen Strukturen im nächsten Jahr eine verschärfte Haushaltslage vorfinden werden.

Hinzu kommt, dass für das Deilmann-Rathaus keinerlei Mittel in einem überschaubaren Zeitraum vorgesehen sind.

Das müsste sein, wenn man nicht nach 2027 eine Ruine sanieren will. Aber daran denken weder Verwaltungsleitung noch Ratsmehrheit.

Angesichts dessen dann noch Gesundheitszentrum mit mehr als 25 Mio € zu planen, macht sämtliche Konsolidierungsbemühungen im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum von vornherein unmöglich. Im gegenwärtigen Haushalt (also Haushaltsjahre 2024 bis 2027) sind erst einmal 20 Mio. € dafür eingestellt.

Das führt zur Haushaltssicherung bereits in 2026!

Aber schon die Planungs- und Abbrucharbeiten, die nach dem Plan der QEG demnächst erfolgen sollen, kosten ca. 5 Mio. €. Ein haushaltsrechtliches Problem; denn 2024 sind nur 600 T€ veranschlagt. Gegenwärtig sind wir also bereits bei 25 Mio. € und nicht bei 20.

Ganz nebenbei entsteht ein neues Loch nicht am, sondern direkt auf dem Kurt-Schumacher-Platz.

Es wäre besser, das Gebäude Kurt-Schumacher-Platz 9 zu erhalten und das Hertie-Areal kurzfristig zu verkaufen. Warum geschieht das nicht? Haushaltstechnisch und zur Platzbelegung wäre das mehr als sinnvoll gewesen.

Aber es scheint wohl immer noch Menschen mit Einfluss zu geben, die nach einer krachend gescheiterten Genossenschafts-Phantasie nun von einer QEG träumen, die künftig auch das Hertie-Areal auf Kosten der Stadt bebauen sollte.

Woher das Geld kommt und woher die Leute, die das bei der Stadt machen könnten, kommt in ihren Träumen nicht vor.

Aber dafür hat man schließlich Externe. Aufgaben ausgliedern ist die Leit-Devise unserer Bauabteilung seit einiger Zeit. Dafür sind dann u.a. über 40 Mio sächliche Verwaltungsaufwendungen da, von denen man nicht runter will.

Gibt es da ein Problem? Ich kann es Ihnen sagen: ja, genau hier!

Nochmal: Personal- und Finanzengpass

- heißt bei uns: Maßnahmenreduzierung.
- bei Verwaltungsleitung Ratsmehrheit ist die Devise anders: noch mehr, auch an der falschen Stelle und koste es, was es wolle!

Verwaltungsleitung und die Fraktionen von CDU/SPD/FDP und Grünen haben sich zu einer strategischen Innenstadtsanierungscoalition zusammen gefunden, die das nun mal gut findet und kraft ihrer Mehrheit durchsetzen kann.

Statt Einsicht und Umkehr in der gegenwärtigen finanz- und personalpolitischen Situation heißt ihre Devise „Augen zu und durch!!!“ Danach verhalten sie sich und danach werden sie diesen Haushalt als den ihrigen gestalten und beschließen.

Dass dabei die Interessen und die Ziele der Krankenhäuser und Ärzteschaft noch nicht einmal abgefragt wurden und man daher möglicherweise eine Strategie gegen deren Interessen verfolgt, wird offenbar als Kollateralschaden billigend in Kauf genommen; denn schließlich wissen Ratsmehrheit und Verwaltungsleitung besser, was Ärzteschaft und Krankenhäusern dient, als diese selbst.

Wir glauben, dass dieses übersteigerte Selbstbewußtsein, das man besser Überheblichkeit nennt, dringend therapiert werden muß. Für uns steht das nicht in Frage:

Wollen wir 2025 wenigstens zu einem fiktiv ausgeglichenen Haushalt kommen, der den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ohne gravierende Steuererhöhungen und ohne Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage übersteht, sind massive Strukturreformen nötig

- im Personalbereich
- im Bereich der sächlichen Verwaltungsaufwendungen
- im Investitionsbereich

und zwar in weitaus größerem Umfang, als 2024 durchsetzbar war. Es muss allen klar sein:

Nach 17 fetten Jahren kommen unweigerlich 7 magere Jahre.

Das ist schmerzhaft für alle. Aber, einen Weg daran vorbei gibt es nicht. Die Finanzpolitik muß endlich aus ihrem Schattendasein hervortreten, und zwar nicht nur bei den Haushaltsberatungen, sondern immer. Sie darf nicht nur das Thema einzelner Ratsmitglieder sein, sondern es muss von allen als Verpflichtung angesehen werden, neue Projekte und Strukturen nur dann zu schaffen, wenn zuvor die Finanzierung gesichert ist.

Ein Instrument dazu dürfte das Bauinvestitionscontrolling sein. Die Anfang dieser Ratsperiode dazu bestehenden Ansätze wurden zwar von der GPA gelobt. Das Lob hörte man gerne, doch an der Weiterentwicklung des Projektes bestand kein Interesse. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen, und zwar schnell.

Wir benötigen auch zeitgemäßes Werkzeug in der Rechnungsführung. 2008 haben wir zunächst auf eine Kostenrechnung verzichtet, weil wir erst mal ein neues Rechnungswesen einzuführen hatten. Mittlerweile ist eine leistungsfähige Kostenrechnung nicht nur längst überfällig, sondern auch zur Finanzplanung unverzichtbar.

Außerdem sollte Kämmerei über ein modernes Planungsinstrument verfügen. In der privaten Wirtschaft gab es das schon vor über 40 Jahren. Auf der Grundlage der laufenden Buchführung ließen sich Planungsprozesse hervorragend abbilden und Varianten simulieren. Insbesondere in Sanierungsfällen haben sich diese Instrumente stets hervorragend bewährt.

Die Diskussion um den diesjährigen Haushalt hat gezeigt, dass viel zu viele Planungsprozesse in unserer Verwaltung immer noch händisch erfolgen.

In Gronau sind für die Kämmerei solche zeitgemäßen Instrumente heute notwendiger als je zuvor; denn die **Stadt Gronau ist ein Sanierungsfall**. Ihr kann geholfen werden, aber nur mit einer Roßkur. Dazu benötigen wir die richtige Medizin und die passenden Werkzeuge.

Der vor Ihnen liegende Haushaltsentwurf ist das nicht. Er ist keine gute Medizin, sondern Gift. Ein Gift das, wenn es weiter verabreicht wird, die organisatorische und finanzielle Gesundheit dieser Stadt nicht nur hinauszögert oder hochgradig gefährdet, sondern definitiv unmöglich macht.

Deshalb sollten Sie alle diesem Haushalt nicht zustimmen!